

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Olga Fritzsche, Stephan Jersch,
Norbert Hackbusch, Metin Kaya, David Stoop, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Cansu Özdemir, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Auswirkungen der Inflation bekämpfen (I): Bezahlbare Strom-, Gas- und Heizenergie sichern!

Die Preisschocks bei Gas, Öl und Strom verschärfen die tiefe soziale Spaltung in der Bundesrepublik und somit auch in Hamburg. Immer mehr Menschen müssen Mahlzeiten ausfallen lassen, um die Kosten zu kompensieren. Das droht zum sozialen Sprengstoff zu werden. Niemand darf wegen der steigenden Preise im Dunkeln sitzen oder frieren!

Die seit Monaten hohe Inflationsrate macht das, was wir zum Leben brauchen, immer teurer. Allein im Juni betrug die Inflationsrate 7,6 Prozent (gegenüber dem Vorjahresmonat laut Destatis, gemessen am repräsentativen Warenkorb). Gleichzeitig nahmen die Reallöhne im 1. Quartal dieses Jahres um knapp 2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal ab (vergleiche Destatis). Da die Löhne nicht mit der steigenden Inflation mithalten können, bedeutet dies, dass jede:r Lohnabhängige weniger Waren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Auch die Erhöhung des Regelsatzes des ALG II um gerade mal 3 Euro (0,7 Prozent), die in einem eklatanten Missverhältnis zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten stehen, bedeutet real eine Kürzung für diejenigen in der Gesellschaft, die sowieso schon am wenigsten haben. Einen massiven Reallohnverlust kalkuliert offenbar der Senat auch bewusst für seine Beschäftigten ein, denn die für das kommende Haushaltsjahr eingepreiste Lohnsteigerung in Höhe von 1,5 Prozent liegt weit unter dem Inflationsniveau.

Auch die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Energiepauschale in Höhe von 300 Euro brutto genügt zum einen nicht, um die steigenden Kosten aufzufangen, und wird zum anderen ausgerechnet denjenigen vorenthalten, die besonders stark unter der Inflation leiden: Rentner:innen, Studierenden und Transferleistungsbeziehenden. Auch die geplante einmalige Zahlung an SGB-II-Empfangende deckt deren Mehraufwand nur zum Bruchteil.

Die Auswirkungen der Inflation sind nicht für alle gleich. Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie des Institutes für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) empirisch herleitete, „(...) sind einkommensstarke Haushalte weniger stark betroffen“. Die steigende Inflation trifft damit insbesondere einkommensschwache Haushalte.

Wenn wir die negativen Auswirkungen bekämpfen wollen, müssen wir schauen, was die Inflation verursacht. Mit Blick auf die einzelnen Preistreiber wird schnell deutlich, dass im Juni insbesondere der Anstieg der Energiekosten mit 38,0 Prozent (laut Destatis) gegenüber dem Vorjahresmonat zu den Inflationstreibern gehörte. Dies ist nicht zuletzt den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine geschuldet. Es ist deshalb geboten, Maßnahmen zu ergreifen, die den Anstieg der Energiekosten bekämpfen oder dessen Auswirkungen zumindest abfedern. Der Tankrabatt hat sich dabei als unwirksames Instrument herausgestellt. Rasch nach der Einführung sind die Preise an den Zapfsäulen erneut auf Allzeithochs gestiegen. Der

Tankrabatt wurde von Mineralölkonzernen als Windfall-Profits eingestrichen. Ohne eine wirksame Preisbremse, wie es andere Länder bereits eingeführt haben, musste der Tankrabatt auch scheitern.

Die privaten Haushalte, insbesondere diejenigen mit mittlerem, geringem oder Transfereinkommen, müssen vor den Kostenexplosionen bei der Energieversorgung geschützt werden. Dafür braucht es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ein bezahlbares Grundkontingent an Strom-, Gas- und Heizenergie, das gesetzlich garantiert werden soll. Für den Basisverbrauch würde es somit ein kostengünstiges Energiegrundkontingent geben. Darüber hinausgehender Verbrauch muss deutlich teurer werden. Damit wird auch ein hoher Anreiz zum Energiesparen gegeben. Einen entsprechenden Tarif können die Hamburger Energiewerke (HEnW) ihren Kund:innen sofort anbieten. Um auch die Netzversorger:innen dazu zu bringen, es gleichzutun, sind entweder einzelne Verträge oder aber ein Bundesgesetz nötig.

Eine weitere Idee, die bereits in die Tat umgesetzt worden ist, findet sich im Süden Deutschlands. Die Stadtwerke München haben gemeinsam mit der Stadt München einen „Unterstützungs-Fonds (in Höhe von) 20 Millionen Euro für einkommensschwache Haushalte“ aufgesetzt. Unterstützt werden sollen diejenigen, die aufgrund des Anstiegs der Energiepreise voraussichtlich in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Hamburg sollte sich das zum Vorbild nehmen und dafür sorgen, dass einkommensschwache Haushalte nicht in Dunkelheit und Kälte sitzengelassen werden.

Wir benötigen einen sofortigen Gaspreisdeckel. In vielen großen EU-Staaten sind die Gaspreise gedeckelt. Deutschland sollte nachziehen. Derzeit geschieht das Gegenteil. Durch eine Preisanpassungsklausel werden extreme Preisanstiege für Verbraucher:innen und Verbraucher zugelassen. Damit sollte Schluss sein.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen Heiz- und Energiekostenfonds für einkommensschwache Haushalte in Zusammenarbeit mit den Hamburger Energiewerken einzuführen und umzusetzen.
2. einen wirksamen Mechanismus mit und durch die Hamburger Energiewerke und Stromnetz Hamburg auszuarbeiten, der Strom-, Gas- und Fernwärmesperren ausschließt, und
 - a. zur anteiligen Refinanzierung die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Überschüsse zu verwenden und den Rest durch die HGV auszugleichen.
 - b. mit den Netzversorger:innen für Strom und Gas eine entsprechende vertragliche Regelung zu treffen, die ihre Kund:innen ebenfalls wirksam vor Energiesperren schützt.
3. durch die Hamburger Energiewerke einen auch für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen kostengünstigen Tarif für ein Grundkontingent von Strom, Gas und Fernwärme anzubieten. Dieses Grundkontingent soll den Basisverbrauch, der bei einem umsichtigen Umgang mit Energie entsteht, abdecken. Darüber hinausgehender Verbrauch muss deutlich teurer werden.
4. das Angebot der „Energielotsen“ auszubauen, um proaktiv Energieberatungen für hamburgische Haushalte anbieten zu können.
5. ein Programm zum kostengünstigen beziehungsweise für Leistungsempfänger:innen kostenlosen Tausch von „Weißer Ware“, also Waschmaschinen, Kühlschränken und so weiter, durch modernere und maßgeblich energieeffizientere Geräte anzubieten.
6. weitere Maßnahmen zu prüfen, steigende Heiz- und Energiekosten für einkommensschwache Haushalte zu kompensieren.

7. ein Energiegeld durch die Freie und Hansestadt Hamburg auszuzahlen für diejenigen Personengruppen, die bisher nicht beim bundesweiten Energiegeld bezugsberechtigt sind: Rentner:innen, Studierende, Transferleistungsbeziehende.
8. sich fernerhin im Bundesrat dafür einzusetzen,
 - a. einen bundesweiten Heiz- und Energiekostenfonds für einkommensschwache Haushalte einzurichten.
 - b. den Regelsatz nach SGB II auf 678 Euro zu erhöhen.
 - c. einen bundesweiten Stopp von Energiesperrungen durchzusetzen.
 - d. einen wirksamen Gaspreisdeckel für private Haushalte einzuführen.
 - e. zur Gegenfinanzierung eine bundesweite Übergewinnsteuer einzuführen.